## W03 W03-Bürger\*innenbeteiligung

Gremium: AG Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen - AL Spandau

Beschlussdatum: 31.03.2016

- Politikverdrossenheit, Parteiendiktatur, Lügenpresse, Wutbürger "die da oben"
- wirtschaften ohnehin nur in die eigene Tasche und agieren nicht im Interesse der
- Bürgerinnen und Bürger. Auch wenn es Einzelfälle geben mag, die diesen Eindruck
- 4 erwecken mögen, entspricht das der tatsächlichen Wirklichkeit? Und wie kann die
- 5 Gefahr, dass sich solche Strukturen verselbständigen, vermindert werden? In
- unserem Bezirk leben viele Menschen, die sich einmischen und das bezirkliche
- 7 Umfeld mitgestalten wollen. Diese Mensche mit ihren vielfätigen Erfahrungen und
- 8 ihrem reichhaltigen Wissen in die Bezirkspolitik und in die Arbeit der
- Fachgremien einzubeziehen, alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen und
- Nöten ernst zu nehmen das ist kein Ziel, sondern Grundlage grüner Politik.
- Deshalb unterstützen wir auch die Berliner Open Data Strategie, weil die
- Voraussetzung für jede Form der Bürger\*innen beteiligung ein offener Zugang zu
- relevanten Informationen ist.
- Direkte Methoden der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie wie die
- Generationen-BVV und der Bürgerhaushalt, sollen ausgeweitet und besser
- bekanntgemacht werden. Bei Eingaben und Beschwerden darf die Beratung und
- 7 Beschlussfassung nur in Anwesenheit beider Seiten stattfinden.
- .8 Die bezirklichen Beauftragten leisten wertvolle Arbeit und garantieren einen
- bürgernahen Umgang, sie sind deshalb stärker in die Arbeit der BVV
- einzubeziehen, z.B. durch Rederecht in den jeweiligen Ausschüssen und
- obligatorische Anhörung vor der Beschlussfassung über Themen, die in ihrem
- 22 Aufgabenbereich liegen.
- Wer in Spandau GRÜN wählt:
  - Setzt sich dafür ein, dass das Bezirksamt in Zukunft mehr Informationen und Pläne im Netz zur Verfügung stellt
  - Will die bestehenden Möglichkeiten der Bürger\*innenbeteiligung wie Einwohner\*innenanträge und bezirkliche Volksbegehren stärker bekannt machen
  - Befürwortet, dass die Auswahl der bezirklichen Beauftragten (Ausländer-, Frauen-, Senioren- und Behindertenbeauftragte) in Abstimmung mit den jeweils Betroffenen erfolgt und spricht sich für eine personelle und finanzielle Stärkung des Amtes des Senioren- und Behindertenbeauftragten aus
  - Stärkt die Kompetenzen der bezirklichen Beiräte für Migration und Integration, Frauen, Menschen mit Behinderungen und der Seniorenvertretung
  - Fordert ein Anhörungsrecht der Petenten im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden
  - Fördert "Runde Tische" und Stadtteilinitiativen als wichtige Form der Bürger\*innenbeteiligung in den Kiezen